

Wolfgang Kleindienst  
Kreistagsmitglied Unabhängige Bürgervertretung  
Saale-Orla-Kreis - UBV  
Kastanienallee 4a  
07381 Pößneck  
E-Mail: [w.kleindienst@t-online.de](mailto:w.kleindienst@t-online.de)  
Tel.: 03647 423223



Liebe Kollegen und Mitstreiter,

wir wollen Euch ein Muster für einen Antrag im Gemeinderat für einen Grundsatzbeschluss gegen den weiteren Ausbau von Windenergieanlagen zur Verfügung stellen.

Dieses Muster dient der rechtssicheren Formulierung eines kommunalen Grundsatzbeschlusses in Thüringen.

Es berücksichtigt die kommunale Planungshoheit. Kommunen haben die Planungshoheit aufgrund ihres Rechtes zur Selbstverwaltung nach Artikel 28 Grundgesetz (GG). Die gesetzliche Grundlage ist das Baugesetzbuch (BauGB). Mit der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung (Flächennutzungs- und Bebauungspläne) gestalten Kommunen ihre Siedlungsentwicklung.

Weiterhin werden verbindliche bundes- und landesrechtliche Vorgaben berücksichtigt.<sup>1</sup>

Ziel ist es, den politischen Willen des Gemeinderates klar zum Ausdruck zu bringen, ohne gegen geltendes Recht zu verstoßen.

Warum dieser Beschluss sinnvoll ist.

- Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung
- Positionierung gegenüber Regionaler Planungsgemeinschaft
- Stärkung der Verhandlungsposition
- Dokumentation des Bürgerwillens
- Grundlage für spätere Stellungnahmen

Das hilft besonders, wenn Gemeinden und Einheitsgemeinden unsicher sind.

Solche Beschlüsse entfalten Wirkung, wenn:

- die Gemeinden der Region gleichlautend beschließen
- sie vor Fortschreibung von Regionalplänen gefasst werden
- sie frühzeitig der Planungsgemeinschaft übermittelt werden

Gerade in Thüringen spielt die Regionale Planung eine zentrale Rolle. Wenn viele Kommunen strukturiert und rechtlich sauber Stellung beziehen, entsteht politischer Druck.

Bleibt standhaft und gesund.

Euer Wolfgang Kleindienst

UBV Saale Orla

---

<sup>1</sup> Übersicht der einzelnen bundes- und landesrechtlichen Vorgaben (Gesetze) im **Anhang (Anlage 1)**

Muster – Grundsatzbeschluss gegen die Errichtung von Windenergieanlagen im Gemeindegebiet

Antragsteller:

Fraktion/Gemeinderatsmitglied ...

## **Beschlussvorschlag**

Der Gemeinderat/Stadtrat der Gemeinde/Einheitsgemeinde \_\_\_\_\_ beschließt:

1. Der Gemeinderat stellt fest, dass die Errichtung von Windenergieanlagen im Gemeindegebiet erhebliche Auswirkungen auf Natur, Landschaft, Siedlungsstruktur und Lebensqualität der Einwohner haben kann.
2. Der Gemeinderat spricht sich daher im Rahmen seiner kommunalen Planungshoheit grundsätzlich gegen die Ausweisung zusätzlicher Flächen für Windenergieanlagen im Gemeindegebiet aus, soweit nicht zwingende landes- oder bundesrechtliche Vorgaben entgegenstehen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt,
  - im Rahmen der Beteiligungsverfahren nach dem **Thüringer Landesplanungsgesetz (ThürLPlG)** sowie gegenüber der zuständigen Regionalen Planungsgemeinschaft eine ablehnende Stellungnahme gegen die Ausweisung weiterer Vorrang- oder Eignungsgebiete für Windenergie im Gemeindegebiet abzugeben,
  - bei Bauleitplanungen die gemeindlichen Belange gemäß **§ 1 Abs. 5 und 6 BauGB** entsprechend zu berücksichtigen,
  - im Genehmigungsverfahren nach dem **Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)** das gemeindliche Einvernehmen gemäß **§ 36 BauGB** sorgfältig zu prüfen und – soweit rechtlich zulässig – zu versagen,
  - gemeindliche Grundstücke nicht für Windenergieprojekte zur Verfügung zu stellen.
4. Der Beschluss ist der zuständigen Regionalen Planungsgemeinschaft sowie dem Landratsamt mitzuteilen.

## **Begründung**

### **1. Kommunale Planungshoheit**

Nach **Art. 28 Abs. 2 GG** steht der Gemeinde das Recht zur Selbstverwaltung zu. Dazu gehört insbesondere die Bauleitplanung und die Wahrnehmung öffentlicher Belange im Rahmen überörtlicher Planungen.

Die Gemeinde ist verpflichtet, die Interessen ihrer Bürger sowie die örtlichen Gegebenheiten angemessen zu berücksichtigen.

## 2. Landesplanerische Einbindung in Thüringen

Gemäß dem **Thüringer Landesplanungsgesetz (ThürLPIG)** erfolgt die Steuerung von Windenergieanlagen maßgeblich über die Regionalplanung (Vorrang- und Eignungsgebiete).

Die Gemeinde sieht:

- erhebliche Eingriffe in Wald- und Landschaftsräume,
- Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und der Erholungsfunktion,
- Auswirkungen auf Tourismus und Wohnentwicklung,
- Nutzungskonflikte mit Siedlungsflächen.

Diese örtlichen Belange sind im Abwägungsprozess **besonders** zu berücksichtigen.

## 3. Bundesrechtliche Rahmenbedingungen (EEG/Wind-an-Land-Gesetz)

Mit dem **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** sowie dem **Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG)** werden Ausbauziele vorgegeben. Diese richten sich jedoch primär an die Länder.

Die Gemeinde muss zwar bundesgesetzliche Ausbauziele beachten, sieht jedoch die konkrete Standortentscheidung weiterhin zwingend als **abwägungspflichtige Einzelfallentscheidung** unter **Berücksichtigung örtlicher Belange**.

## 4. Schutz öffentlicher und privater Belange

Der Gemeinderat sieht folgende Aspekte als besonders gewichtig:

- Schutz von Waldflächen und sensiblen Landschaftsräumen und Sicherung des Kulturerbes
- Immissionsschutz (Lärm, Luft-/Wasserschadstoffe, Erschütterungen, Licht/Schattenwurf)
- Wertentwicklung von Wohnimmobilien und Grundstücke
- Erhalt der dörflichen Struktur und Lebensqualität
- Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum
- Wahrung sozialer Stabilität im Ort und Interessenausgleich

## **Übersicht der einzelnen bundes- und landesrechtlichen Vorgaben (Gesetze)**

Nachfolgend sind die wesentlichen Vorschriften aufgeführt, die die kommunale Planungshoheit im Bereich erneuerbare Energien (insbesondere Windenergie) regeln.

### Verfassungsrecht und Bundesrecht

#### **1. Grundgesetz (GG) - zentrale Grundlage der kommunalen Planungshoheit**

##### **Art. 28 Abs. 2 GG – Garantie der kommunalen Selbstverwaltung**

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

Rechtliche Bedeutung für erneuerbare Energien betrifft:

- die Bauleitplanung (Flächennutzungsplan, Bebauungsplan)
- die Standortsteuerung von Windenergieanlagen
- die Steuerung der Flächennutzung im Rahmen der Gesetze.

Der Bund kann die Planungshoheit begrenzen (z. B. § 35 BauGB, WindBG).

##### **Art. 20 Abs. 3 GG – Gesetzmäßigkeit der Verwaltung**

Bindet die Kommunen an Bundesgesetze. D. h. Gemeinden können Windenergie – ohne Rechtfertigungsgründe - nicht entgegen Bundesrecht verhindern.

##### **Art. 14 GG – Eigentumsgarantie**

Ist relevant, da Planung die Nutzung von Grundstücken steuert, aber verhältnismäßig erfolgt.

##### **Art. 74 Abs. 1 Nr. 18 GG – konkurrierende Gesetzgebung Bauplanungsrecht**

Ermächtigt den Bund zum Erlass und Änderung des Baugesetzbuchs.

Die kommunale Planungshoheit ist bundesgesetzlich konkretisiert (beschränkt).

##### **Art. 72 GG – Vorrang Bundesrecht**

Bundesrecht geht Landesrecht und kommunalem Recht vor.

#### **2. Baugesetzbuch (BauGB) – zentrale Norm der Planungshoheit**

##### **§ 1 Abs. 3 BauGB – Planungspflicht und Planungshoheit**

Gemeinden sollen Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung erforderlich ist.

Begründet die originäre Planungshoheit der Gemeinden.

##### **§ 1 Abs. 5 BauGB – nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz**

Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung gewährleisten und den Klimaschutz fördern. Erneuerbare Energien sind ausdrücklich zu berücksichtigen.

##### **§ 1 Abs. 7 BauGB – Abwägungsgebot**

Gemeinden müssen abwägen zwischen: Klimaschutz, Landschaftsschutz, Bürgerinteressen, Wirtschaft, Infrastruktur. Bei fehlerhafter Abwägung wird der Plan unwirksam.

### **§ 2 BauGB – Bauleitplanung**

Gemeinden stellen Flächennutzungsplan (FNP) und Bebauungsplan (BP) auf. FNP und BP sind → zentrale Instrumente der Planungshoheit.

### **§ 5 BauGB – Flächennutzungsplan**

Gemeinden können im Zuständigkeitsbereich Flächen für Windenergie darstellen (planen).

### **§ 9 BauGB – Bebauungsplan**

Gemeinden können Standorte für Windenergie festsetzen (planen) oder unter bestimmten Voraussetzungen ausschließen (Ausschlussgebiete).

### **§ 35 BauGB – Außenbereich (entscheidende Vorschrift)**

Windenergie ist im § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB privilegiert. D. h. Windenergie ist grundsätzlich zulässig. Gemeinde kann begrenzt steuern.

### **§ 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB – Steuerung über Konzentrationszonen**

Gemeinde kann durch Flächennutzungsplan mit Konzentrationszonen Windenergie steuern.

## **3. Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) - zentrale Vorschrift**

### **§ 3 WindBG – Flächenziele**

Verpflichtet die Länder, bestimmte Windflächen auszuweisen. Thüringen muss Zielwerte erfüllen.

### **§ 5 WindBG – Nachweispflichten der Länder**

Wenn Land (Thüringen) das Flächenziel zum Termin nicht erfüllt, verliert Gemeinde (i. V. m. § 249 BauGB) die Möglichkeit, Windenergie auszuschließen.

## **4. Raumordnungsgesetz (ROG)**

### **§ 4 ROG – Bindungswirkung**

Kommunale Planung muss Raumordnungsplänen entsprechen.

### **§ 7 ROG – Raumordnungspläne**

Legen Windvorranggebiete fest.

### **§ 35 ROG – Zielbindung**

Kommunen sind an Ziele der Raumordnung gebunden.

## **5. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)**

### **§ 6 BImSchG – Genehmigungsvoraussetzungen**

Windenergieanlage ist zu genehmigen, wenn öffentlich-rechtliche Vorschriften eingehalten werden. Gemeinde kann Genehmigung nicht verhindern ohne eine andere rechtliche Grundlage.

### **§ 13 BImSchG – Konzentrationswirkung**

Genehmigung ersetzt andere Genehmigungen. Reduziert kommunale Einflussmöglichkeiten.

## **6. EEG – Ausbau erneuerbarer Energien**

### **§ 2 EEG – überragendes öffentliches Interesse**

Errichtung erneuerbarer Energien liegt im überragenden öffentlichen Interesse. Es bestehen massive Einschränkung kommunaler Ablehnungsmöglichkeiten.

## Landesrecht Thüringen

### **1. Thüringer Verfassung (ThürVerf)**

#### **Art. 91 ThürVerf – kommunale Selbstverwaltung**

Garantiert die kommunale Planungshoheit. Analog Art. 28 GG.

### **2. Thüringer Landesplanungsgesetz (ThürLPlG)**

#### **§ 3 ThürLPlG – Ziele der Raumordnung**

Beinhaltet den Ausbau erneuerbarer Energien.

#### **§ 4 ThürLPlG – Bindung der Gemeinden**

Gemeinden müssen die Raumordnungspläne beachten.

#### **§ 6 ThürLPlG – Regionalpläne**

Weisen u.va. Windvorranggebiete aus.

### **3. Landesentwicklungsprogramm Thüringen (LEP Thüringen)**

Beschreibt verbindlichen Raumordnungsplan. Legt Windvorranggebiete und Ausbauziele fest.

### **4. Thüringer Bauordnung (ThürBO)**

#### **§ 72 ThürBO – Baugenehmigung**

Gemeinden wirken im Genehmigungsverfahren mit.

### **5. Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) Zentrale Vorschriften**

#### **§ 2 ThürKO – Aufgaben der Gemeinden**

Gemeinden sind Träger der örtlichen Selbstverwaltung. Beinhaltet Bauleitplanung.

#### **§ 5 ThürKO – Planungshoheit**

Gemeinden können ihre Entwicklung planen und Bauleitplanung durchführen.

#### **§ 19 ThürKO – Zuständigkeit Gemeinderat**

Der Gemeinderat entscheidet über Bauleitplanung, Flächennutzungsplan, Bebauungsplan

#### **§ 26 ThürKO – Bürgerentscheid**

Bürger können über die Planung entscheiden.

#### **§ 44 ThürKO – Satzungsrecht**

Gemeinden können Satzungen erlassen (z.B. Außenbereichssatzung). Beinhaltet Bebauungspläne.

#### **§ 118 ThürKO – Kommunalaufsicht**

Land kann kommunale Entscheidungen aufheben. Sehr wichtig. Oft bedeutsam bei Windenergie.

## **Kernaussagen der gesamten Rechtslage**

Kommunale Planungshoheit ist verfassungsrechtlich garantiert, aber durch Bundesrecht stark eingeschränkt. Insb. durch § 35 BauGB, EEG § 2, WindBG, Raumordnungsrecht

Hierarchie der Planungshoheit: Grundgesetz, Bundesgesetze (BauGB, EEG, WindBG, BImSchG) Raumordnungsrecht, Landesrecht Thüringen, Kommunalrecht ThürKO, Bauleitplanung Gemeinde

Wichtigster Grundsatz: Gemeinden dürfen Windenergie steuern, aber nicht verhindern, wenn Bundesrecht Vorrang gibt, Raumordnungsflächen festgelegt sind, Privilegierung nach § 35 BauGB greift.